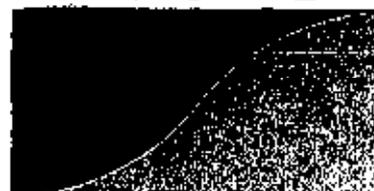


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 60 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 232

3. Dezember 1984

Dr. Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, meldet schwere Bedenken gegen den Rogers-Plan an: Mit Entspannungspolitik nicht vereinbar.

Seite 1

Dr. Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, weist auf eine dringende Aufgabe für den Dubliner EG-Gipfel hin: Gemeinschaft institutionell reformieren.

Seite 3

Anke Fuchs MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages, nimmt den 100. "Geburtstag" der Krankenversicherung zum Anlaß, auf drohende Gefahren hinzuweisen: Kosten dämpfen.

Seite 5

Dokumentation

Gerhard Schröder MdB referierte auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) am Wochenende in Hamburg über Jugend und Rechtsextremismus. Wir dokumentieren seine Ausführungen.

Seite 7

Schwere Bedenken gegen den Rogers-Plan

Die Konzeption des NATO-Oberbefehlshabers ist mit Entspannungspolitik nicht vereinbar

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Der NATO-Ministerrat will heute der Planungsrichtlinie des NATO-Oberbefehlshabers Rogers seine Zustimmung geben. Diese Richtlinie bezieht sich auf eine Rüstungsplanung für die nächsten 15 Jahre, die die NATO in Europa fähig machen soll, die nachrückenden Truppen des Warschauer Paktes "in der Tiefe des Raumes" zu bekämpfen (follow-on forces attack). Dafür sind unter anderem weitreichende konventionelle Raketen vorgesehen. Militärisch leuchtet vielen auf den ersten Blick ein, daß im Falle eines Krieges die rückwärtigen Kräfte des Gegners nicht zur Entfaltung kommen dürfen und durch eine weitreichende Raketenartillerie frühzeitig ausgeschaltet werden sollen.

Es sind jedoch schwerwiegendste Bedenken gegen dieses Konzept anzubringen, die uns veranlassen, es abzulehnen.

1. Die Gefahr besteht, daß die Rüstungskontrolle in Mitteleuropa ganz und gar unmöglich gemacht wird, bevor sie überhaupt richtig angefangen hat. Der Warschauer Pakt richtet sich ebenfalls zunehmend darauf ein, mit Raketen die Waffensysteme der NATO frühzeitig ausschalten zu können, die ihn in Mitteleuropa besonders stören. Die Folge könnte sein, daß demnächst NATO und Warschauer Pakt so ausgerüstet sind, daß sie sich mit Raketen gegenseitig beschossen und zerstören, bevor sich die ersten Bodentruppen bewegt haben. Das neue NATO-Konzept leistet dieser Tendenz Vorschub - ebenso wie es bei neuen Konzepten des Warschauer Paktes der Fall ist.



Mit anderen Worten: in Stockholm wird über vertrauensbildende Maßnahmen gesprochen, um sich gegenseitig die Furcht vor Überraschungsangriffen zu nehmen, während auf militärischem Sektor ständig neue mißtrauensbildende Maßnahmen beschlossen werden. Und in Wien wird bei den MBFR-Verhandlungen über Truppenreduzierungen gesprochen, während die Waffen ständig vermehrt und technisch verbessert werden. Die Stockholmer Konferenz wie die Wiener Konferenz drohen angesichts dieser Entwicklung allmählich zur Farce zu werden.

2. Das neue NATO-Konzept soll angeblich dazu beitragen, die nukleare Schwelle zu heben. An einem der wichtigsten Schritte zur Hebung der nuklearen Schwelle in Europa wird vorbeigegangen: an der Beseitigung der sogenannten dual-capability-Waffen - Waffen, die äußerlich gleich sind, aber sowohl atomar als auch konventionell geladen werden. Solange dies der Fall ist und keine strikte Trennung stattgefunden hat, wird die andere Seite hinter jeder konventionellen Waffe eine nukleare Waffe vermuten. Die dual capability macht sowohl nukleare wie konventionelle Rüstungskontrolle in Europa unmöglich. Daß die Planungen von General Rogers keine Beseitigung dieser dual capability vorsehen, läßt die Bewertung zu, daß nicht einmal eine Erhöhung der atomaren Schwelle möglich wird.

Eine ausführliche Bewertung der neuen Pläne muß erst noch erfolgen. Dabei muß die Bundesregierung zum einen die Frage beantworten, warum sie das Parlament und die zuständigen Ausschüsse bis zum heutigen Tage nicht über die neue Planungsrichtlinie unterrichtet hat. Und die Bundesregierung muß vor allem die Frage beantworten, wie sie eigentlich die Entspannungs- und Ostpolitik fortführen will, wenn sie sich gleichzeitig unbedenklich an einer Entwicklung beteiligt, in der sich Ost und West mit immer aggressiveren Waffen in Mitteleuropa bedrohen. (-/3.12.1984/ks/rs)

+ + +



Die EG braucht eine institutionelle Reform

Eine Aufgabe für den Dubliner Gipfel der Gemeinschaft

Von Dr. Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Staaten, die am 3. und 4. Dezember 1984 in Dublin zu ihren routinemäßigen Treffen im Rahmen des Europäischen Rates zusammenkommen, werden in ihren Unterlagen einen Zwischenbericht der ad-hoc-Arbeitsgruppe Weiterentwicklung der Gemeinschaft vorfinden, deren Einsetzung sie in Fontainebleau beschlossen hatten.

Die Erkenntnis, daß in den 50er Jahren für eine Gemeinschaft der Sechs entwickelten Institutionen den Aufgaben einer 10er - vielleicht schon bald einer 12er Gemeinschaft - nicht mehr genügen, hat mit zur Bildung der Arbeitsgruppe geführt. Das Europäische Parlament hat bereits seit langem auf die unbefriedigende Arbeitsweise der Gemeinschaftsorgane hingewiesen. In seinen Vertragsentwurf für eine Europäische Union hat es daher auch seine Vorschläge für eine Reform der Gemeinschaftsinstitutionen eingebracht. Manches an diesem Vertragsentwurf mag überzogen, wenn nicht gar wirklichkeitsfern erscheinen - angesichts der vielfältigen Probleme der Gemeinschaft wie Erweiterung, Finanzierung der Gemeinschaft, Entwicklung der Arbeitslosigkeit, Ausgestaltung des Binnenmarktes, Reform der Agrarpolitik, Lösung der Umweltprobleme.

Eine wichtige Frage wird durch diese Initiative aufgeworfen, die jetzt endlich gelöst werden muß: Im Vertrag von Rom wurde festgelegt, daß die Beschlüsse des Ministerrates per Mehrheitsentscheidung fallen sollten. Seit 1965 aber ist dieses Instrument beim Ministerrat außer Kraft gesetzt. Aus diesem Grund kommen so viele notwendige Entscheidungen nicht mehr zustande. Das ist der entscheidende Fehler der gegenwärtigen politischen Praxis. Der Ministerrat selbst muß endlich zur Mehrheitsentscheidung als der normalen Regel zurückkommen, seine Entscheidungen im zeitlich festgelegten Rahmen treffen und sich, wenn nötig, auch über nationale Sonderwünsche hinwegsetzen.

Die Gemeinschaft muß institutionell reformiert werden, denn ohne diese institutionellen Reformen ist sie auf Dauer nicht mehr lebensfähig. Sie muß handlungsfähiger werden durch eine Stärkung ihrer Organe, durch eine Verbesserung ihrer Entscheidungsstrukturen. Ob dies durch einen neuen Vertrag oder durch Änderung der bestehenden Verträge erfolgen sollte, ist letztlich nur von zweitrangiger Bedeutung.



Dringend erforderlich scheint mir eine Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments. Es genügt eben nicht, dieses Parlament nur direkt wählen zu lassen, ohne es wirklich und wirksam an den gemeinschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Zur Ausweitung der Befugnisse gehören außer Mitwirkung bei der Gesetzgebung eine Verstärkung seiner Haushaltsbefugnisse, seine stärkere Beteiligung bei der Berufung der Kommission, eine Stärkung seiner Möglichkeiten, Gesetzesinitiativen zu ergreifen, an die die Exekutive gebunden ist. Zur institutionellen Reform gehört aber auch die Stärkung der Kommission, damit sie wieder unabhängiger vom Ministerrat wird und ihre Rolle als Sekretariat des Rates, in die sie sich in den letzten Jahren immer mehr hat hineindrängen lassen, aufgibt.

Eine Aussage darüber, ob die ad-hoc-Arbeitsgruppe zu gemeinsamen Vorschlägen kommen wird, und ob der Europäische Rat sie dann nach eingehender Prüfung akzeptieren wird, wenn der Schlußbericht Mitte 1985 vorliegt, ist noch verfrüht. Die unterschiedliche Haltung der Mitgliedstaaten über die zukünftige Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft, besonders auf dem Gebiet der Institutionen, ist bekannt. Sollten einzelne Mitgliedstaaten auf Dauer die Fortentwicklung der Gemeinschaft behindern, müßten sie sich ernsthaft fragen lassen, ob sie an einer engen Kooperation im Sinne der Selbstbehauptung Europas weiterhin interessiert sind. Von der Antwort auf diese Frage wird es dann abhängen, in welchem Rahmen die Gemeinschaft in Zukunft bestehen wird.

Die Vorstellungen, wie sie von der französischen Regierung in der ad-hoc-Arbeitsgruppe vorgetragen wurden, waren in Bezug auf die Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments, den Ausbau des EMS, die Verbesserung des Binnenmarktes sowie den Ausbau der Politischen Zusammenarbeit - auch durch Schaffung eines eigenen Sekretariats - ein guter Ansatz für die Beratungen. Bisher hat man von der Bonner Rechtskoalition noch nichts Substantielles über ihre Absichten und Vorstellungen gehört. Wie ernst es ihr mit ihrer Ankündigung ist, der Europapolitik oberste Priorität einzuräumen, wird damit ein trauriger Beweis ausgestellt. Nach all dem, was Bundeskanzler Helmut Kohl bisher auf diesem Gebiet geboten hat, muß auch für die Zukunft vor zu großen Erwartungen gewarnt werden. Auch auf diesem Gebiet zeigt sich: Helmut Kohl hat kein Konzept.

(-/3.12.1984/ks/rs)

+ + +



Kosten im Gesundheitswesen dämpfen

Eine dringende Forderung am 100. "Geburtstag" unserer Krankenversicherung

Von Anke Fuchs MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages

Das 100jährige Bestehen der Krankenversicherung ist Anlaß für eine Bilanz und einen Ausblick auf die Zukunft. Dies gilt um so mehr, als dieses Datum ohne Zweifel in eine gesundheitspolitisch bewegte Zeit fällt. Erneut nämlich ist, wenn von Gesundheitspolitik die Rede ist, die Kostenexplosion in aller Munde. Gesundheitspolitik ist zweifellos mehr, als nur Kostendämpfungspolitik. Wenn aber die gesundheitspolitische Diskussion seit Ende des letzten Jahres wieder in erster Linie von der Kostenentwicklung beherrscht wird, dann hat das gute Gründe: Nach den Beitragssatzsenkungen in weiten Bereichen der Krankenversicherung für die Jahre 1983 und 1984 bahnt sich bei den Gesundheitsausgaben der Krankenkassen eine Entwicklung an, die man nur alarmierend nennen kann.

Wir stehen heute wieder vor einem Trend, der alle bisherigen Bemühungen um Kostenstabilisierung und die dabei erzielten Erfolge der letzten Jahre zunichte machen kann. Die Ausgabenzuwächse der Krankenkassen liegen in den ersten drei Quartalen 1984 um mehr als doppelt so hoch, wie die Steigerung der sich an der Grundlohnsumme orientierenden Einnahmen. Besonders brisant ist die Geschwindigkeit, mit der diese Entwicklung vorstatten geht. Beinahe alle Angestellten-Krankenkassen haben bereits zum jetzigen Zeitpunkt Beitragssatzerhöhungen von zum Teil über 1/2 Prozentpunkte angekündigt. Es steht zu erwarten, daß sich dieser Trend auch bei den anderen Kassenarten fortsetzt. Die Welle der Beitragssatzsteigerungen rollt.

Vor dem Hintergrund einer 100jährigen erfolgreichen Tätigkeit sollte man sich sicherlich davor hüten, aktuelle Schwierigkeiten überzubewerten. Ich meine jedoch, die derzeitigen ernststen Schwierigkeiten in der Krankenversicherung und darüber hinaus auch in den anderen Sozialversicherungszweigen bedrohen die Substanz unseres Systems der sozialen Sicherung. Wir haben ein Sozialversicherungssystem, das dem Gedanken der Selbstverwaltung der Betroffenen weiten Raum gibt. Solche Systeme benötigen, wenn sie erfolgreich wirken sollen, ein hohes Maß an Zustimmung und Identifikation durch die Bürger, denen es dienen soll.

Die aktuellen Probleme sind gefährlich, weil sie jenes erforderliche Maß an Zustimmung und Identifikation bedrohen. Höhere Beiträge, Beitragszahlungen auf bisher beitragsfreie Einkommen, steigende Eigenbeteiligungsleistungen der Patienten fordern von den Versicherten oder von Teilen von ihnen ständig neue finanzielle Opfer. Auf der anderen Seite stehen dem überdurchschnittlich hohe Einkommen bei Ärzten und Zahnärzten, riesige Gewinne bei der pharmazeutischen Industrie und überdurchschnittliche Einkünfte bei den Gesundheitshandwerkern, vor allen Dingen bei den Zahntechnikern, gegenüber. Diese ungleichgewichtige Entwicklung vermittelt dem Versicherten den Eindruck hier stimme etwas nicht, das System funktioniere falsch und führe zu einer verzerrten Verteilung von Lasten und Vorteilen. Aus dem Blickwinkel des Beitragszahlers ist angesichts dieser Entwicklung der Schritt zu der Auffassung, unser ganzes Krankenversicherungssystem taue nichts, gefährlich nahe. Ich fürchte, wenn wir uns der derzeitigen Kostenentwicklung nicht entschlossen widersetzen, lassen wir zu, daß sich unser Krankenversicherungssystem in den Augen der Beitragszahler selbst diskreditiert.



Nicht umsonst hatte in der zweiten Hälfte der 70er Jahre und in den ersten 80er Jahren Politik der Kostendämpfung hohe Priorität. Die dabei erzielten Erfolge können sich ohne Zweifel sehen lassen. Grundgedanke der damaligen Kostendämpfungspolitik war es, der Selbstverwaltung der Krankenversicherung durch gesetzliche Regelungen neue Instrumente die Hand zu geben, die sie in den Stand versetzte, weitgehend aus eigener Kraft wirksame Kostendämpfung zu betreiben. Denn dies ist die für die Funktionsfähigkeit unseres Krankenversicherungssystems grundlegende Voraussetzung: Die Krankenkassen als Interessenvertreter der Beitragszahler müssen in der Lage sein, diese Interessen wirksam gegenüber den Erbringern von Gesundheitsleistungen zur Geltung zu bringen. Überall dort, wo dies nicht der Fall ist, dies zeigt die heutige Entwicklung ganz eindeutig, drohen die Kosten auszuufern.

Eine wichtige Rolle in diesem Konzept hat bisher die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen gespielt. Sie hat sich in der Vergangenheit als handlungsfähiges Gremium erwiesen, das Vereinbarungen traf, die zwar unverbindlich waren, an die sich aber alle Teilnehmer aufgrund des politischen Drucks hielten oder halten mußten. Für denjenigen, der sich mit Fragen der Gesundheitspolitik nicht nur oberflächlich beschäftigt, ist schon seit längerem klar, daß die ehemals erfolgreiche Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen eine ungute Entwicklung nimmt. Sie produziert vage Absichtserklärungen, die jeder anders auslegt und jeder auf den anderen gemünzt sieht, sie produziert als Ergebnis viele Worte.

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß die Sozialdemokraten nicht zu den Erfindern dieses Gremiums zählen. Es war vielmehr die damalige Opposition und heutige Koalition, die uns im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat dieses Gremium aufgezwungen haben. Anstelle der Konzertierten Aktion haben wir Sozialdemokraten uns damals für weitergehende gesetzliche Maßnahmen ausgesprochen. Die ungute Entwicklung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen zeigt, daß unsere damalige Auffassung richtig war.

Unser Krankenversicherungssystem ist in den 100 Jahren seiner Geschichte zum bedeutendsten Finanzierungs- und Steuerungsinstrument unseres Gesundheitswesens geworden. Die Tatsache, daß es mittlerweile über 90 Prozent unserer Bevölkerung umfaßt, belegt dies eindrucksvoll. Unser Krankenversicherungssystem ist in seinem Kern vernünftig angelegt. Es kommt jedoch darauf an, fehlerhaften Entwicklungen entgegenzuwirken und die Ursachen dieser Entwicklungen auszuräumen. Maßstab, inwieweit uns dies gelungen ist, ist die Entwicklung der Kosten.
(-/3.12.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NDen Kampf gegen den Faschismus im Alltag führen

Der SPD-Bundestagsabgeordnete, Gerhard Schröder, der der Jugendquotekommission des Deutschen Bundestages angehörte, warnte auf dem Seminar "Jugend und Rechtsextremismus" der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten am 30. November 1984 in Hamburg vor der Bagatellisierung des Neonazismus und rief dazu auf, den Anfängen zu wehren. Wir dokumentieren seine Rede im Wortlaut.

Vorbemerkung

Alle Jahre wieder können wir im Verfassungsschutzbericht nachlesen, wie gering rechtsextremistische Aktivitäten seien; es gebe immer weniger rechtsextremistische Gruppen; eine nennenswerte Gefahr ginge von diesen - ganz im Gegensatz zu den sogenannten links-extremistischen Gruppen - nicht aus.

Diese Bagatellisierungsstrategie wird durch Wissenschaftler wie Frau Noelle-Neumann in ihrer Allensbach-Studie abgesichert. Aber - so denke ich - nichts ist schlimmer als eine Unterschätzung des rechtsextremen Potentials in unserer Gesellschaft. Ich will darauf verzichten, andere Studien - etwa die bekannte Sinus-Studie, die unter dem Titel: Fünf Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben ..." erschienen ist -, zu zitieren.

Ich will lieber die Diskussion durch einige Thesen über die Motive jugendlicher Rechter, ihre gesellschaftlichen Ursachen und unseren Widerstand dagegen anregen.

1. Wir dürfen den Rechtsextremismus nicht unterschätzen!

Ein bezeichnendes Beispiel für die Unterschätzung rechtsradikaler Gruppen bietet die "Wehrsport-Gruppe Hoffmann". Zurecht weist der "Spiegel" darauf hin, daß Hoffmann stets unterschätzt worden sei: "Er galt als schrullig, aber nicht gefährlich. Das Operettenhafte in Erscheinung und Auftreten, der Zwirbelbart und seine Spaziergänge mit dem angeleinten Puma fanden stärkere Beachtung als seine politischen Ideen und die kalte Entschlossenheit, ihnen Geltung zu verschaffen. Zog er mit seinen Männern in Phantasieuniform mit großdeutschen Anklängen auf ausrangierten Bundeswehrfahrzeugen und mit zugelöteten Schußwaffen zur Übung ins fränkische Unterholz, dann stieß der Aufzug allenfalls auf Unverständnis und Heiterkeit. Verkannt wurde stets, welche Wirkung seine Intelligenz und Überredungskraft gerade auf einen Typus von Heranwachsenden hatten, dessen Bildungslosigkeit und Mangel an Zielsetzungen ihn besonders anfällig machte für die Verführungskünste einer zweifellos starken Persönlichkeit."

Die Fehleinschätzungen dieser Gruppe und ihres "Führers" auf allen Ebenen von der Justiz bis hinein in die Medien dokumentiert die Aussage des Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß aus dem Frühjahr 1980: "Mein Gott, wenn ein Mensch sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und mit einem mit Koppel geschlossenen 'Battle Dress' spazierengeht, dann soll man ihn in Ruhe lassen."

Und der bayerische Innenminister Tandler wies Kritiker zurecht: "Wer die Lage kennt, der weiß, daß es zwar einen Rechtsextremismus gibt, aber daß die eigentlichen großen Gefahren von seiten des Linksextremismus kommen. Man soll nicht ein Schattenreich aufbauen, eine Schattengefahr aufbauen, über das hinaus, was existiert." Zwei Monate später geschah der Doppelmord - dessen jetzt Mitglieder der Wehrsport-Gruppe Hoffmann in Nürnberg vor Gericht stehen. Es gibt zwar die Wehrsport-Gruppe Hoffmann nicht mehr, aber viel zu viele andere. Zum Beispiele in Lehre nahe Braunschweig. Es bleibt merkwürdig ruhig um diese Gruppen. Es blieb auch merkwürdig ruhig nach dem Anschlag auf das Oktoberfest in München, das von Rechtsextremen ausgeführt wurde. Vergleicht man die öffentliche Erregung über dieses Attentat mit den gewaltigen Demonstrationen und Kundgebungen in Italien nach dem Anschlag auf den Mailänder Bahnhof, so fällt schon eine merkwürdige Diskrepanz auf. Offensichtlich wird der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik - auch wenn er zu gewalttätigen Aktion greift - nicht sonderlich wichtig genommen.



II. Motive Jugendlicher, sich in rechtsextremistischen Gruppen zu engagieren

Jugendliche gehen nur in seltenen Fällen aus fester ideologischer Überzeugung in die rechtsradikalen und rechtsextremen Gruppen. Nach allem, was wir etwa aus Untersuchungen von Karl-Klaus Rabe wissen, geht es ihnen vor allen Dingen um "Kameradschaft": "Jugendliche haben das Gefühl, sich dort mit ihrer ganzen Person einbringen zu können, mit ihrem Wunsch, eine sinnvolle Betätigung zu finden, ihre Unzufriedenheit zu artikulieren, ihre persönlichen Probleme darzustellen und zu lösen, mit ihrem Wunsch, nicht nach ihrer sozialen Herkunft beurteilt zu werden, nach Bindung und Orientierung, mit ihrem Wunsch, politisch zu arbeiten, aber auch gemeinsam Sport zu treiben, zu quatschen oder ein Bier zu trinken..." (Rabe, Thesen zum Rechtsextremismus unter Jugendlichen, in: Kursbuch 54/1978, S. 141).

So erweist sich der Rechtsextremismus von Jugendlichen als eine mögliche Reaktionsweise auf Situationen, die schwer zu bewältigen sind: Jugendarbeitslosigkeit, Leere, soziale Kälte, Angst vor der Zukunft und so weiter. Offenkundig bieten rechtsextremistische Organisationen häufig das an Wärme und sozialen Kontakten an, was diese Jugendlichen woanders nicht finden. In diesem Bereich liegen auch heute noch eine Menge Versäumnisse auf seiten der demokratischen Linken. Einen Teil der Jugend jedenfalls bieten rechtsextreme Gruppen entscheidendes an:

- Leitbilder und gesellschaftliche Ideale,
- Feste Orientierungen und eindeutige Handlungsweisen,
- Gemeinschaft und emotionale Geborgenheit.

III. Den Anfängen wehren!

In seinem Buch "Das haben wir nicht gewollt!" über die nationalsozialistische Machtergreifung in der niedersächsischen Kleinstadt Northeim beweist William S. Allen eine - wie ich finde - für unsere Überlegungen zentrale These: "Die tatsächliche Machtergreifung im Frühjahr 1933 geschah überwiegend von unten, wenn sie auch durch Hitlers Stellung als Reichskanzler erleichtert und möglich gemacht wurde. Der Führer erreichte den Gipfel der Macht, weil seine Anhänger auf der untersten Ebene, an der Basis, erfolgreich waren". (Allen, ebenda, Gütersloh 1966, S. 9).

Der Faschismus und die Nazis sind eben nicht vom Himmel gefallen. Martin Hirsch hat einmal darauf hingewiesen, daß sie wesentlich "aus dem Urschlamm deutscher Innerlichkeit" hervorgekommen wären. Wenn das so war, so müssen wir auch mit unserem Widerstand dort, an der Basis, ansetzen. Dann muß es für uns alle, für jeden Sozialdemokraten, wichtig sein, den Kampf gegen den Faschismus im Alltag zu führen. Das heißt, sich engagieren gegen Ausländerfeindlichkeit und Judenwitze, gegen die Benachteiligung von Behinderten und die Diskriminierung von Minderheiten.

Und auch sich Engagieren in der Vermittlung der Erfahrungen mit dem Nazi-Regime an die Jugendlichen: in den Freizeitheimen, den Schulen, in Sportclubs und so weiter. Ich weiß, hier leistet die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten schon eine ganze Menge. Die Partei sollte noch mehr als bisher schon geschehen auf Eure Angebote zurückgreifen.

Wir dürfen nicht nachlassen; wir müssen jede Möglichkeit zur Aufklärung nutzen, um jeden einzelnen Jugendlichen kämpfen. (Das Verbot kann dabei nur der letzte Schritt sein, weil er das Problem nicht löst. Das trifft natürlich nicht zu auf "Wehrsport-Gruppen", die Gewalt anwenden.) Denn eines, liebe Genossinnen und Genossen, ist einmal sicher: Sind wir erfolgreich in diesem Kampf gegen den alltäglichen Faschismus, seine Vorurteile, seine "Verlockungen", dann werden auch die großen Führer und Verführer in unserem Lande keine Chance mehr haben.

(-/3.12.1984/ks/rs)

+ + +

